

Wir schlagen vor, einen neuen Wirtschaftssektor einzurichten, in dem Menschen in Projekten sozialer und ökologischer Art Leistungen erbringen können. Sie werden dafür mit Boni bezahlt.

2.2. Aufbau einer TätigkeitsWIRTSCHAFT

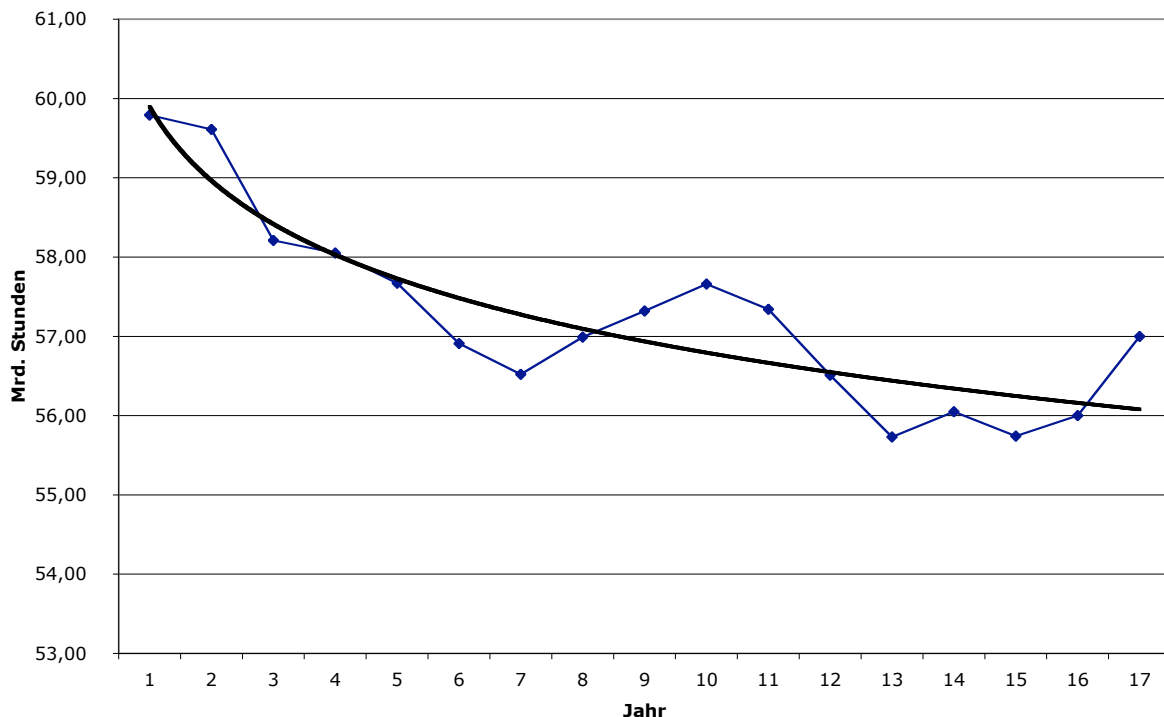
2.2.1 Grundgedanken

Seit Jahrzehnten erleben wir, dass nicht alle Menschen, die erwerbstätig sein wollen, auch Arbeitsplätze finden. Außerdem gibt es viele Menschen, die neben oder nach ihrer Berufstätigkeit eine sinnstiftende Beschäftigung suchen. Andererseits gibt es heute schon viele Arbeitsbereiche, in denen es sehr erwünscht wäre, wenn Menschen darin tätig wären zugleich aber das Geld fehlt, dieses erwerbswirtschaftlich zu organisieren.

So entstanden in den letzten Jahrzehnten immer mehr Projekte, in denen Menschen sich ehrenamtlich organisierten. Genannt seien hier stellvertretend die „Tafeln“, in denen Verpflegungsangebote für sozial Schwache vorgehalten werden. Oder die Hospize, die Sterbebegleitung anbieten, die ebenfalls ohne ehrenamtliches Engagement nicht denkbar sind. Fast in jedem Krankenhaus gibt es „grüne Damen“, die die menschliche Betreuung der Kranken ergänzen.

Wir meinen, dass diese Ansätze aufgenommen, verbreitert, und systematisch gefördert werden müssen, um so ergänzend zur Erwerbswirtschaft eine TätigkeitsWIRTSCHAFT aufzubauen. Dies ist eine dringend nötige, soziale und wirtschaftliche Innovation.

Arbeitsvolumen in Deutschland 1991-2007



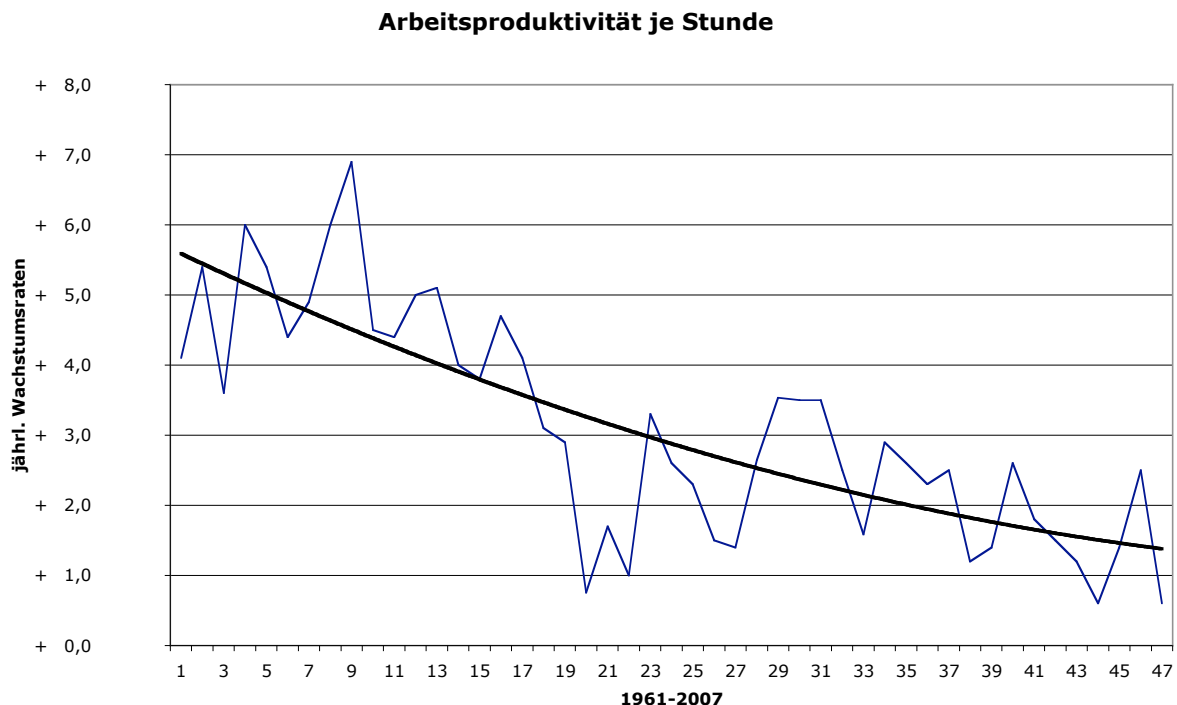
Q: Statistisches Taschenbuch 2008, Tab. 4.8

In Deutschland hat sich in den letzten sechzig Jahren eine hoch produktive Wirtschaft herausgebildet. Diese benötigt – und das ist ihr Markenzeichen – wegen ihrer hohen Produktivität

immer weniger Erwerbsarbeitszeit, um die relativ hohen Löhne zahlen zu können. Die obige Abb. illustriert diesen langfristig anhaltenden Trend.

Allein nach der Vereinigung sank das erwerbswirtschaftliche Arbeitsvolumen um fast 3 Mrd. Stunden. Und dieser Abbau wird weitergehen, denn nur aus der darin steckenden steigenden Produktivität können Lohnzuwächse bezahlt werden. Aber auch die Steigerung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde nahm die vergangenen 15 Jahre hindurch kontinuierlich ab. Damit wird der volkswirtschaftliche Verteilungsspielraum für Löhne und Sozialleistungen immer geringer.

Auch wenn es gelingen würde, durch neue technologische Entwicklungen und die Erschließung neuer Märkte (wie unter 2.1 und 3.9 bereits diskutiert) die Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität wieder zu erhöhen, würde dies vermutlich nicht ausreichen, um die Löhne real steigen zu lassen und gleichzeitig weitere Erwerbsarbeitsplätze zu finanzieren.



Q: Statistisches Taschenbuch 2008, Tab. 1.7

Schon in der Vergangenheit haben wir es seit 15 Jahren mit der Kombination von sinkenden Realeinkommen der Arbeitnehmer bei gleichzeitigem Rückgang des erwerbswirtschaftlichen Arbeitsvolumens zu tun.

So sank das Einkommen der unselbständig Beschäftigten trotz gesteigerter Arbeitsproduktivität. Im Jahr 1992 betrug das jährliche Nettoeinkommen pro Person noch 17.251 Euro, fünfzehn Jahre später nur noch 17.020 Euro (vgl. Graphik in Kap. 3.4). Zwischen 1975 und 1990 hingegen war das Nettoeinkommen von 15.156 auf 17.005 Euro deutlich um 12% gestiegen (Statistisches Taschenbuch 2008, Tab. 1.15).

An dieser Stagnation waren Steuern und Sozialabgaben maßgeblich beteiligt. Im Jahr 1975 verblieben dem durchschnittlichen Arbeitnehmer von 100 Euro/DM noch 73,70, im Jahr 2007 waren es nur noch 65,10 (Statistisches Taschenbuch 2008, Tab. 1.14.). Hätten wir im Jahr 2007 die Belastung von 1975 gehabt, so hätte das Nettoeinkommen in 2007 hingegen

19.268 Euro betragen; also um 12% über dem von 1992! Mit anderen Worten, der Anteil, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte beitrugen, stieg so nachhaltig, dass ihnen kein Einkommensfortschritt blieb. Bedenkt man ferner, dass in dem Betrachtungszeitraum sich die Schulden der öffentlichen Hände verdoppelt haben, so zeigt sich daran, wie sehr unser Wirtschafts- und Sozialsystem aus dem Lot geraten ist.

Daher hilft es nicht, einfach weiter Schulden zu machen, um damit irgendwelche Investitionen und Sozialausgaben zu finanzieren. Investitionen sind zwar nötig, aber sie müssen gezielter darauf hin ausgerichtet werden, wo ökologisch und energiepolitisch wirkliche Wachstumschancen bestehen. Dazu wurden z.B. im Kapitel 2.1 entsprechende Hinweise gegeben.

Im Unterschied zur industriellen Produktion, wo die menschliche Arbeitskraft durch immer modernere Technik und bessere Organisation ersetzt werden kann, ist dies bei der Arbeit am und für Menschen nur sehr begrenzt möglich. Dennoch erleben wir, dass die Prinzipien der industriellen Rationalisierung auch bei der Arbeit für Mensch, Tier und Natur angewendet werden. Nur bei unablässiger Rationalisierung können nämlich auch dort Lohnsteigerungen finanziert werden, wie sie im industriellen Bereich üblich sind.

So erleben in Krankenhäusern, Altenheimen, Schulen, Universitäten und Kindertagesstätten die dort Beschäftigten und die dort Betreuten bzw. Ausgebildeten einen immer stärker wachsenden Rationalisierungs- und Einsparungsdruck. Dieser ist häufig noch verbunden mit einem steigenden Kontroll- und Dokumentierungsaufwand. Am Ende sind Beschäftigte, Betreute und Ausgebildete immer weniger mit den Leistungen des Systems zufrieden. So wird schnell der Punkt erreicht, an dem die Systeme nicht mehr wirklich in der Lage sind, den Menschen human zu helfen und zu fördern.

In so einer Situation wird dann oft nicht mehr das menschlich und rechtlich Notwendige getan, weil Zeit und Kraft einfach nicht ausreichen. Stattdessen greift notgedrungen eine immer bürokratisch Haltung um sich. Es wird zunächst gefragt, ob man überhaupt zuständig und ob man rechtlich verpflichtet sei, einzuschreiten bzw. zu helfen. So wird nicht mehr die notwendige Hilfe im Ganzen gesehen, sondern der Mensch zerfällt in Zuständigkeitsteile für die jeweils ein spezielles Amt bzw. eine spezielle Agentur zuständig sind.

Diese Form der Zuständigkeitsfürsorge, in dem Hilfe, Bildung oder Erwerbsarbeit vermittelt werden soll, macht den Menschen zu einem arbeitsteilig zu bearbeitenden Produktionsmittel. Schon seit Jahren ist aber zu beobachten, dass diese arbeitsteilig angelegten Angebote den Menschen nur selten helfen, sondern ihn häufig zu einem unmündigen Gegenstand von portionierter Hilfe und Kontrolle werden lassen. Die Antwort darauf ist häufig Verweigerung, Aggression und auch bewusstes Unterlaufen der Regelungen. So schließen sich z.B. Mitarbeiter von Jugendämtern festungsartig in ihren Büros ein, weil sie sonst die Belagerung und Belästigung durch ihre Klienten fürchten müssen. Die Mitarbeiter in Arbeitsagenturen machen ähnliche Erfahrungen.

INTERVIEW

Betteln ist nicht verboten



Wir sprachen über das Thema mit Wolfgang Wieland, Pressesprecher der Dortmunder Polizei.

Warum greift die Polizei im Falle der bettelnden Kinder nicht ein?

Wieland: Betteln ist nicht verboten. Nur wenn aggressiv gebettelt wird, haben wir eine Handhabe, was zu tun. Das gilt auch für Kinder.

Das heißt: Wenn ein Kind im schulfähigen Alter wochenlang bettelt, greift die Polizei erst ein, wenn sie den Auftrag dazu hat?

Fragen Sie mal das Jugendamt. Die sind für diese Problematik zuständig. Aber das könnte im Rahmen der Zusammenarbeit geschehen. Die Polizei kann nicht permanent die Fußgängerzonen bestreifen, um Kinder zu überprüfen. In dieser Angelegenheit sind die Ordnungspartnerschaften unterwegs.

Die Mitarbeiter in diesen Ämtern trifft persönlich dabei selten Schuld. Sie stehen ja schon seit Jahren unter dem Einsparungsdruck der öffentlichen Haushalte, der ihre Arbeit und Motivation zur Unkenntlichkeit verkümmern lässt.

In NRW werden wir in den nächsten Jahrzehnten eine deutliche älter werdende Bevölkerung haben. Während im Jahr 2000 auf 100 Personen im Alter von 25-64 Jahren erst 30 Menschen im Alter von 65 und älter entfielen, werden es im Jahr 2030 schon 50 Personen sein (vgl. Kap. 3.2). Die Lebenserwartung dieser Personen wird dann über 80 Jahre betragen. Mehr Senioren, die noch zwanzig Jahre an Lebenserwartung vor sich haben, stellen Chancen und Herausforderungen zugleich dar.

Besonders kritisch sind die letzten fünf Jahre des Lebens. Hier fehlt es an einem menschenwürdigen Konzept. Dies ist nicht in erster Linie eine finanzielle, sondern eine humane Frage. Wer schon einmal in einem der üblichen Altersheime gewesen ist, wird i.d.R. sagen, dass er so nicht leben möchte. Hier brauchen wir dringend Alternativen.

Experten gehen davon aus, dass bei steigender Lebenserwartung jeder zweite Deutsche zu einem Pflegefall wird. Gegenwärtig beträgt die mittlere Pflegedauer bei Männern 16, bei Frauen 40 Monate. Bei der zunehmenden Zahl der älter werdenden Menschen kommt auf die Gesellschaft ein mit den traditionellen Methoden nicht mehr leistbarer Pflegebedarf zu.

Bei der industriellen Produktion wurde erkannt, dass die Qualitätssicherung Vorrang hat vor der Qualitätskontrolle. Es ist Kosten sparender und effektiver, wenn auf allen Stufen der Produktion laufend auf die Qualität geachtet wird. Es ist unwirtschaftlich, erst am Schluss bei der Endkontrolle Produkte auszumustern. Dann sind die Kosten bereits entstanden. – Was für die Produktion inzwischen selbstverständlich ist, hat sich im Sozial- und Bildungsbereich noch nicht durchgesetzt. Auch hier muss ein Umdenken erfolgen. Es ist langfristig wirksamer, schon im frühen Kindesalter Fehlentwicklungen zu korrigieren, als nachher bei Jugendlichen zu intervenieren (vgl. Kap. 2.3). Daher ist es unbedingt nötig, ein Serviceangebot für junge Eltern und Kinder aufzubauen. Natürlich ist dies auch eine genuin sozialethische Forderung, aber scheinbar reicht es nicht aus, allein aus dieser Sicht diese Forderungen aufzustellen und zu begründen.

Außerdem zeigt es sich, dass die gesellschaftliche Wohlfahrt dann leidet, wenn Gruppen der Gesellschaft den Anschluss verlieren und sich ausgegrenzt fühlen bzw. es auch effektiv sind. Dieses ist nicht allein die Bringschuld derjenigen, die den Anschluss verloren haben oder Gefahr laufen, ihn zu verlieren. Hier hat auch die übrige Gesellschaft darauf zu achten, dass keine Subkultur entsteht. Die Erfahrungen zuletzt in Großbritannien zeigen, dass dies zu einer immer stärker Gewalt orientierten Subkultur führt, in der sich Gangs und kriminelle Vereinigungen bilden. Es ist alles daran zu setzen, dass dies hier nicht geschieht. Die Chance – wie auch die Lage in den französischen Banlieus zeigt – dies wieder zu normalisieren ist minimal. Selbst die als besonders liberal geltenden Niederlande sind dabei, ihre Politik gegenüber Migranten grundlegend zu ändern. Auch dort hat man erkannt: Der Schaden für die Sicherheit und das Ansehen einer Gesellschaft ist immens. Fördern und fordern ist auch hier die Devise.

Nochmals, das mag alles wünschbar und wichtig sein, aber es ist mit dem traditionellen Instrumentarium einfach nicht zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund kann man zwar prüfen, ob nicht in der traditionellen Verwaltung mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationsmethoden weitere Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Dann könnten die dort eingesparten Stellen so umgewidmet werden, dass mehr Menschen in Bildung, Erziehung und Sozialarbeit beschäftigt werden könnten.

Das wird allerdings in keiner Weise ausreichen. Das liegt vor allem daran – wie oben bereits beschrieben –, dass die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Senioren nicht im üblichen Sinne wirtschaftlich produktiv ist. Produktiv sind alle Leistungen, die man Kosten deckend verkaufen kann. Es gibt aber nur wenige Familien und Personen, die sich soziale Dienste aller Art problemdeckend kaufen könnten. Ähnliches gilt für alle Maßnahmen des Natur- und Umweltschutzes. All das ist im traditionellen Sinne nicht produktiv, kann daher nicht erwerbswirtschaftlich finanziert und also nicht geleistet werden.

Es gibt also eigentlich Arbeit genug. Sie ist aber offensichtlich im Rahmen der traditionellen Erwerbsarbeit nicht zu finanzieren. Und dies ist auch kein Verteilungsproblem. Es liegt vielmehr daran, dass industrielle Konzepte arbeitsteiliger Massenproduktion nicht einfach auf den Umgang mit Menschen und Natur übertragen werden können. „In der Arbeitswelt der Zukunft werden Menschen wieder mehr mit Menschen zu tun haben“ (Bundespräsident Horst Köhler in seiner „Berliner Rede“ am 24.03. 2009).

Allerdings hat uns die jüngste Finanzkrise gezeigt, dass es nicht ausreichend ist, nur auf den kurzfristigen Gewinn und Nutzen zu schauen. Vielmehr ist es nötig, langfristig zu handeln. Und wie im Finanzbereich nur unter dem Druck der Krise Ordnung und Transparenz herstellbar ist, so können auch Staat und Wirtschaft die gegenwärtige Lage dazu nutzen, über die gegenwärtigen Möglichkeiten hinaus zu denken. Nur die krisenhafte Erschütterung einer Gesellschaft birgt den Keim zu einem Neubeginn. Solche Zeitfenster öffnen sich nur selten.

Aber auch hier gilt: Man kann einen Karren nicht aus dem Dreck schieben, man muss ihn ziehen! Es muss daher ein innovativer Entwurf her, der nicht einzelne Korrekturen will, sondern der gleichzeitig eine Vision enthält, die nach vorne zieht, die Menschen bewegt. Dazu braucht man sowohl ein innovatives Konzept als auch glaubwürdig agierende Personen, die dafür eintreten.

2.2.3 Wie es besser gehen könnte

Wir stehen vor der großen strukturellen Herausforderung, unser Wirtschafts- und Sozialsystem innovativ durch eine Tätigkeitswirtschaft zu ergänzen. Dies darf aber nicht als ein „Holzbein“ oder als eine „Krücke“ verstanden werden, deren man sich baldmöglichst wieder zu entledigen hat. Es handelt sich vielmehr um eine neue Phase der gesellschaftlichen Entwicklung. Ähnlich wie wir uns im industriellen Bereich von der Alleinherrschaft der Verbrennungstechnologie zu lösen haben, gilt es hier zu einer dualen Wirtschaftsverfassung im Miteinander von Erwerbs- und Tätigkeitswirtschaft vorzudringen.

In der Erwerbswirtschaft wird weiter der kurzfristige Effizienzgedanke hilfreich sein, um zu immer besseren technischen Lösungen zu gelangen. Auf der anderen Seite soll aber den Menschen, die sich vor, neben oder nach ihrer Erwerbsarbeitszeit für Menschen und Natur engagieren wollen, ein gesellschaftlich anerkannter und erwünschter Bereich einer Tätigkeitswirtschaft eröffnet werden.

Allerdings geht es dabei nicht um die Pflege von Geselligkeit im Chor und Kegelklub, sondern vor allem um soziale und ökologische Aufgaben, die um der Menschen und Natur willen getan werden müssen. Weil es sich hier um letztlich zentrale Aufgaben handelt, die die Leistungen der Familie, Nachbarschaft, Kommune u.a. ergänzen aber nicht überflüssig machen sollen, muss mit sozialer Innovationskraft nach neuen Formen gesucht werden.

Angeknüpft werden kann einerseits an der latenten Bereitschaft der Menschen, gemeinsam mit anderen etwas Sinnvolles zu leisten. Andererseits gilt aber auch die Erfahrung, dass eine Beschäftigung ohne Entlohnung nichts wert ist.

Daher plädieren wir nicht für eine Ausweitung des Ehrenamtes oder für eine „Tätigkeitsgesellschaft“, sondern ausdrücklich für eine „TätigkeitsWIRTSCHAFT“. In ihr sollen auch diejenigen, die sich engagieren und Leistungen erbringen, geldwerte Vorteile erhalten.

Da eine Bezahlung nach dem Tarif der Erwerbsarbeit nicht möglich sein wird (sonst wäre es ja schon längst geschehen), müssen andere Entgeltformen gefunden werden, durch die Menschen aller Altersgruppen angespornt werden, sich ein für sie attraktives Projekt zu suchen bzw. es selbst ins Leben zu rufen. Gerade junge Leute sind bereit, diese Chancen für neue Experimente zu nutzen.

Schon heute gibt es ungewöhnliche Versuche in dieser Richtung. In den folgenden Abschnitten werden ganz unterschiedliche Ansätze kurz vorgestellt. Das dokumentiert, wie intensiv schon heute mit neuen Formen der TätigkeitsWIRTSCHAFT experimentiert wird. So zeigen auch die Beispiele, dass die „Idee in der Luft liegt“, sie aber darauf wartet von der Politik als eine zukunftsweisende Bewegung aufgenommen zu werden. Dazu müssen Experimente gefördert und mit entsprechenden Rahmenbedingungen versehen werden.

Aus der Fülle einige Beispiele: Gerade wurde eine Initiative „Teach First“ ins Leben gerufen. Hier sollen junge Akademiker für einige Monate an Schwerpunktschulen die soziale und pädagogische Betreuung von Jugendlichen verbessern, die sonst erfahrungsgemäß wenig Chancen auf einen Bildungsabschluss haben. Möglich ist das nur, weil Unternehmen sich bereit fanden, dieses Projekt zu unterstützen und so den Beteiligten ein Einkommen zu gewähren.

Das wird jedoch nicht in allen Projekten möglich sein. Daher bietet sich als Entgeltform eine Gutscheinwährung auf **Punktekarten (Boni)** an, ähnlich derjenigen, die heute bereits für Konsumenten (Bonusmeilen u.a.) üblich ist. Für die Mitarbeit in zertifizierten Projekten der Arbeit an Menschen und Natur erhält man je nach Umfang und Art des Engagements Boni, die man bei öffentlichen Institutionen einlösen kann, die in der Regel nicht oder zumindest zu bestimmten Zeiten nicht ausgelastet sind:

- öffentliche Verkehrsmittel,
- Theater- und Kulturveranstaltungen,
- Bade-, Sportbetriebe (Turnhallenbenutzung, Mitgliedsbeitrag)
- Bildungseinrichtungen (durch Bildungsgutscheine, die man durch Schulaufgabenbetreuung u.ä. erwerben und für die eigene Fortbildung und Qualifikation einsetzen kann),
- Nutzung von Büchereien,
- Jugendheim,
- Bürgerbegegnungszentrum (etwa für Familien- oder Vereinsfeiern),
- Verbraucherberatung und
- „Tafel“-Nutzung (wo man z.Zt. durchweg einen kleinen Obulus in € bezahlen muss)
- usw.

Den öffentlichen Institutionen entstehen also durch dieses Bonisystem kaum ein Einnahmeverlust. Der Inhaber einer Bonikarte bekommt für sein Engagement einen geldwerten Vorteil. Zugleich werden die öffentlichen Einrichtungen besser ausgelastet.

Solche Ideen sind an sich nicht neu. Für Jugendleiter gibt es z.B. schon heute die juleica (www.juleica.de) die von Stadt zu Stadt bzw. Kreis zu Kreis unterschiedliche Vergünstigungen gewährt. An anderen Stellen wird für ein „freiwilliges soziales Jahr für Ältere“ geworben.

Sind nicht auch örtliche Betriebe dafür zu begeistern? Denn man könnte solche Gutscheine werbemäßig ausnutzen (Was z.B. der Handel tut durch das Schild: Wir beliefern die Tafel!), auch als Sachspenden und „geldwerten Vorteil“ steuerlich absetzen und bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen im Kostenvoranschlag berücksichtigen lassen. So gilt es vielfach Win-Win-Situationen herzustellen.

Es gibt auch schon jetzt z.B. über den Seniorenservice die Möglichkeit, dass Fachleute über der Altersgrenze der Erwerbstätigkeit hinaus gegen Kostenerstattung in Projekten der Entwicklungshilfe mitarbeiten. Daher ist ein Entgelt in Form von Boni nicht immer zwingend.

In Japan gibt es seit über 20 Jahren ergänzend zur normalen Krankenversicherung im Rahmen von Tauschringen eine Art „Pflegerwährung“, „Hureai Kipp“ (Pflege-Beziehungs-Ticket). Stunden freiwilliger Pflege und Unterstützung werden auf ein Zeitkonto verbucht. Die Guthaben können für sich oder für andere innerhalb oder außerhalb der Familie nach Wahl landesweit verwendet werden, allerdings offenbar nur in der Pflege- und Familienarbeit.

Eine andere Form der Tätigkeitswirtschaft könnten auch Tauschringe und Selbsthilfeeinrichtungen bilden. Solche Einrichtungen gibt es schon vielfach. Sie werden allerdings heute noch misstrauisch unter dem Aspekt beäugt, ob dies nicht verkappte Schwarzarbeit darstellt.

Staat, Kommunen, Sozialverbände und Wirtschaft können in Form von „Private-Public-Partnership“ diese Projekte fördern und haben dann ihrerseits die Möglichkeit, in einem bestimmten Umfang „Boni nachzufragen“, d.h. Leistungen abzurufen.

Insgesamt geht es in den Projekten der Tätigkeitswirtschaft darum, ganzheitlich und nicht arbeitsteilig zu agieren. Ein Ansatz, das Modell der Tätigkeitswirtschaft in die Praxis umzusetzen, wäre die Tätigkeit von Ehrenamtlichen im Ganztagsbetrieb von Schulen. Über den Aufbau von Fördernetzen in Schulen berichten wir im nächsten Kapitel (siehe S. 30).

Eine solche Tätigkeitswirtschaft entsteht nicht über Nacht. Sie kann sich aber nur entwickeln, wenn sie politisch gewollt, bewusst ermöglicht und wertgeschätzt wird. Diejenigen, die die neuen Konzepte dafür entwickeln, sind ähnliche Pioniere, wie diejenigen, die die Solarwirtschaft voran treiben.

Für das Sponsoring der von Projekten der Tätigkeitswirtschaft können auch steuerpolitisch neue Formen entwickelt werden. Man kann denjenigen, die hier finanziell mitwirken in Form eines Spenderparlaments ein Mitentscheidungsrecht im Bereich der Projekte anbieten. Die Entwicklung der Tätigkeitswirtschaft ist sicherlich von größerer Bedeutung als viele Projekte der „Abschreibungswirtschaft“. Daher gilt es auch bei den Finanzierungsmöglichkeiten neue Wege zu gehen.